

Münchener Juristische Beiträge • Band 41

Jörg Andreas Hader

als Herausforderung
des Versammlungsrechts

Herbert Utz Verlag • Wissenschaft
München

Inhaltsverzeichnis

Abkürzungsverzeichnis

Einleitung	1
Erster Teil: Vorfragen	9
A) Begriff der Versammlung und der Begriff der Demonstration	9
I. Begriff der Versammlung	9
II. Begriff der Demonstration	11
B) Die Grundrechtsqualität der Demonstrationsfreiheit	11
G) Begriff des Extremismus	14
D) Rechtsfolgensystem des § 15 VersG: Verbot, Auflösung, Auflage	14
I. Verbot	15
II. Auflösung	15
III. Auflage	16
Zweiter Teil: Problematik extremistischer Demonstrationen aus der Perspektive des Verfassungsrechts	18
A) Reichweite der Demonstrationsfreiheit	18
I. Der Schutzbereich der Versammlungsfreiheit Art. 8 I GG,	19
1. Gestaltungsfreiheit hinsichtlich Form und Inhalt	21
2. Gestaltungsfreiheit hinsichtlich der Ortswahl sowie Zeitpunkt und Dauer	21
a) Ortswahl	22
aa) Öffentliche Versammlungsorte	22
• bb) Private Versammlungsorte	23

cc) Aufeinanderprallen von Demonstration und Gegendemonstration	25
dd) Einschränkungen durch Bannmeilen	25
b) Gestaltungsfreiheit in zeitlicher Hinsicht	27
II. Der Schutzbereich der Meinungsfreiheit Art. 5 I 1 GG	27
1. Begriff der Meinung im Schutzbereich der Meinungsfreiheit	27
2. Begriff der Tatsachenbehauptung im Schutzbereich der Meinungsfreiheit	28
3. Schutzbereich der Meinungsfreiheit hinsichtlich der Modalitäten der Meinungsäußerung	29
B) Aufschlüsselung der Koinzidenz] von Versammlungsfreiheit und Meinungsfreiheit in der Situation der Demonstration	30
I. Ablehnung der Ansätze der Verdrängung	32
1. Ablehnung des Ansatzes der Verdrängung der Meinungsfreiheit durch die Versammlungsfreiheit	32
2. Ablehnung des Ansatzes der Verdrängung der Versammlungsfreiheit durch die Meinungsfreiheit	33
II. Das Nebeneinander von Meinungsfreiheit und Versammlungsfreiheit	35
1. Begriff der Idealkonkurrenz	35
2. Lösung der Konkurrenz von Versammlungsfreiheit und Meinungsfreiheit und die Bestimmung des einschlägigen Grundrechts	37
a) Lösung der Konkurrenzproblematik	37
b) Bestimmung des betroffenen Grundrechts	39
c) Nachweis der Praktikabilität des gewonnenen Ergebnisses anhand von Fallbeispielen	40
C) Problematik der unterschiedlichen Schrankenvorbehalte von Versammlungsfreiheit und Meinungsfreiheit	42
I. Bedeutung der unterschiedlichen Schrankenvorbehalte	43
II. Lösung der Konkurrenzproblematik unter dem Aspekt der Schrankendivergenz	45

D)	Geschriebene und ungeschriebene verfassungsimmanente Schranken	48
I.	Geschriebene verfassungsimmanente Schranken	49
1.	Schranke der Friedlichkeit und der Waffenlosigkeit des Art 8 I GG	49
a)	Begriff der Friedlichkeit	49
b)	Begriff der Waffenlosigkeit	50
c)	• Unfriedlichkeit oder Bewaffnung einzelner Versammlungsteilnehmer	50
d)	Praktische Bedeutung der Schranke des Art. 8 I GG	55
2.	Schranke der Grundrechtverwirkung des Art. 18 GG	56
a)	Historischer Hintergrund	56
b)	Begriff der freiheitlich demokratischen Grundordnung als Tatbestand des Art. 18 GG	57
c)	Folgen des Verwirkungsausspruchs	59
d)	Praktische Bedeutung der Schranke des Art. 18 GG	59
3.	Schranke des Vereinigungsverbots des Art. 9 II GG	61
a)	Tatbestand des Art. 9 II GG	62
aa)	Vereinigungszwecke oder -tätigkeiten, die Strafgesetzen zuwiderlaufen	62
bb)	Vereinigungszwecke oder -tätigkeiten, die gegen die verfassungsmäßige Ordnung gerichtet sind	63
cc)	Vereinigungszwecke oder -tätigkeiten, die sich gegen den Gedanken der Völkerverständigung richten	64
b)	Praktische Bedeutung der Schranke des Art. 9 II GG	65
4.	Schranke der Parteienverbots des Art. 21 II GG	67
a)	Verhältnis des Art. 21 II GG zu Art. 9 II GG	67
b)	Freiheitlich demokratische Grundordnung als Tatbestand des Art. 21 II GG	68
c)	Gefährdung des Bestands der Bundesrepublik Deutschland	69
d)	Folgen des Parteienverbots	69
e)	Praktische Bedeutung der Schranke des Art. 21 II GG	69
5.	Die Schranke des Art. 17a GG	70

II.	Ungeschriebene verfassungsimmanente Schranken	72
1.	Existenz ungeschriebenen Verfassungsrechts	72.
2.	Methode der Schrankengewinnung bei schrankenlos gewährten Grundrechten	74
3.	Die freiheitlich demokratische Grundordnung	77
a)	Die freiheitlich demokratischen Grundordnung im Bereich vorbehaltlos gewährter Grundrechte	77
b)	Die freiheitlich demokratische Grundordnung als Gesamtverfassungsvorbehalt	79
aa)	Auffassung der Rechtsprechung	79
(a)	Ansatz des BVerfG	80
(b)	Ansatz des OLG Münster	88
bb)	Entwicklung eines eigenen Ansatzes	91
4.	Die Sicherung des inneren Friedens	98
E)	Wirkung geschriebener und ungeschriebener verfassungsimmanenter Schranken	101
I.	Wirkung der geschriebenen verfassungsimmanenten Schranken	104
1.	Schranke der Friedlichkeit des Art. 8 I GG	104
2.	Geschriebene Exponenten der Schranke der freiheitlich demokratischen Grundordnung	105
a)	Schranke der Verwirkung des Art. 18 GG	105
b)	Schranke des Vereinigungsverbots des Art. 9 II GG	108
c)	Schranke des Parteienverbots des Art. 21 II GG	110
3:	Schranke des Art. 17a GG	112
4.	Zusammenschau der Wirkung geschriebener verfassungsimmanenter Schranken	113
II.	Wirkung der ungeschriebenen verfassungsimmanenten Schranke der freiheitlich demokratischen Grundordnung	115
III.	Verfassungsimmanente Schranken und die Problematik der Intensität des Agierens gegen die freiheitlich demokratische Grundordnung	118

Dritter Teil: Problematik extremistischer Demonstrationen aus der Perspektive des Versammlungsgesetzes

A)	Vereinbarkeit des § 15 VersG mit den Schrankenvorbehaltender Versammlungs- und der Meinungsfreiheit	120
B)	Tatbestandsseite des § 15 VersG	124
I.	Begriffe der öffentlichen Sicherheit und der öffentlichen Ordnung	125
1.	Die öffentlichen Sicherheit	126
a)	Objektive Rechtsordnung	126
b)	Subjektiven Rechte und Rechtsgüter des Einzelnen	128
c)	Schutz des Staates und seiner Einrichtungen	129
2.	Die öffentlichen Ordnung	131
II.	Problematik der Unmittelbarkeit der Gefährdung der öffentlichen Sicherheit oder der öffentlichen Ordnung	137
C)	Rechtsfolgenseite des § 15 VersG	139
I.	Rechtsfolgen bei Gefährdung der öffentlichen Sicherheit und der öffentlichen Ordnung	140
II.	Problematik um die <i>lex specialis</i> - Stellung der Länderfeiertagsgesetze	142
III.	Rechtsfolgenproblematik unter Berücksichtigung des Entschließungs- und Auswahlmessens	144
1.	Geeignetheit	145
2.	Erforderlichkeit	147
3.	Verhältnismaßigkeit	147
a)	Die maßgeblichen Abwägungsprinzipien	148
b)	Abstrakte Höherwertigkeit der öffentlichen Sicherheit gegenüber der öffentlichen Ordnung	150
c)	Kollidierende Rechtsgüter	150
aa)	Ermittlung des widerstreitenden Grundrechts	150
bb)	Orientierungspunkte für den im Rahmen des § 15 VersG vornehmenden Abwägungsprozesses	151
(a)	Kollision der Demonstrationsfreiheit mit dem Schutzgut der öffentlichen Sicherheit	151

	(aa) Der Abwägungsprozess bei der Gefährdung der öffentlichen Sicherheit durch Störungen aus dem Bereich der Meinungsfreiheit	153
	(bb) Der Abwägungsprozess bei der Gefährdung der öffentlichen Sicherheit durch Störungen aus dem Bereich der Versammlungsfreiheit	155
	(b) Kollision der Demonstrationsfreiheit mit dem Schutzgut der öffentlichen Ordnung	157
	(aa) Der Abwägungsprozess bei der Gefährdung der öffentlichen Ordnung durch Störungen aus dem Bereich der Meinungsfreiheit	157
I	(1) Problematik um die Symbolhaftigkeit bestimmter Orte oder Daten	157
	(2) Eigentliche Abwägungsprozess	160
	(bb) Der Abwägungsprozess bei der Gefährdung der öffentlichen Ordnung durch Störungen aus dem Bereich der Versammlungsfreiheit	167
D)	Problematik der Störerauswahl	169
	I. Grundsätze der Störerauswahl	169
	II. Figur des Zweckveranlassens	171
	III. Polizeilicher Notstand	172
	1. Echter polizeilicher Notstand	173
	2. Unechter polizeilicher Notstand	174
Zusammenfassung		176
A)	Bündelung der Ergebnisse in Thesen	176
B).	Nachweis der Praktikabilität der Ergebnisse anhand eines Fallbeispiels	181